Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate von Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.

Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preis erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 244. Dienstag 3. September 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Auf dem Tempelhofer Feld in Berlin fand gestern vor dem Kaiser die Herbstparade des Gardekorps statt. (S. Dtschs. R.)

* 60 Bondels aus der Begleitung Morengas haben der deutschen Regierung ihre Unterwerfung angeboten. (S. Dtsch. Kol.)

* Im Antwerpener Hafen haben die Streikenden gestern Krawalle verursacht. (S. Ausl.)

* Der Patriarch Joachim beabsichtigt, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, zu demissionieren. (S. Ausl.)

Die neue kaiserliche Botschaft.

Der Kaiser hat in Münster eine politische Rede gehalten, die uns erst mit zweitägiger Verspätung bekannt gegeben worden ist. Der Schluß liegt nahe, daß diese Verzögerung absichtlich herbeigeführt und von der politisch verantwortlichen Stelle benutzt worden ist, um den für die Oeffentlichkeit bestimmten Wortlaut festzustellen. Die Länge der dazu nötig gewesenen Zeit läßt wiederum vermuten, daß dies kein leichtes Stück Arbeit war. Indessen — wir haben uns an den nun vorliegenden Text zu halten.

Aus diesem heben wir zunächst den positiven Teil heraus, das Bekenntnis zur sozialen Botschaft Wilhelms I. Es ist überaus erfreulich, in welch feierlicher und entschiedener Form der Kaiser die Fortführung der Sozialpolitik proklamiert hat. Die Kompottschüssel ist also nicht voll, der Ausspruch des Kanzlers nach den Januarwahlen „Nun erst recht" wird bestätigt, und die Hoffnung der Scharfmacher wie der Sozialrevolutionäre auf eine Periode der sozialen Stagnation wird zunichte gemacht. Das ist gerade in der nachpsalmodistischen Aera zu begrüßen. Und wenn in diesen Kaiserworten auch an sich noch kein sozialer Fortschritt liegt, wenn diesem Programm erst noch praktische Gestalt gegeben werden muß, so bleiben sie gleichwohl wertvoll, da wir auf ihre treibende Kraft hoffen. Auch könnte die Berufung auf sie bei Säumigkeit recht nützlich wirken.

Was der Kaiser im übrigen, vor- und nachher, gesagt hat, trägt nicht den positiven Charakter dieses Teils. Es ist spekulativer, philosophischer, meistens auch persönlicher Natur. Der Kaiser redet von sich, von seiner persönlichen Auffassung der Dinge und Geschehnisse, von seiner Schätzung der Religion. Er will keinen Unterschied machen zwischen „Untertanen katholischer und protestantischer Konfession". Seinem landesväterlichen Herzen stehen alle seine Landeskinder gleich nahe. Was heißt hier „alle Landeskinder"? Katholiken und Protestanten? Oder auch Juden und Konfessionslose? In Ermangelung eines authentischen Kommentars nehmen wir gern den umfassenderen Begriff, obwohl die Betonung der Religion als des einzigen Mittels zur Einigung aller Mitbürger auch eine engere Deutung zuläßt. Aber man beachte die persönliche Form dieses kaiserlichen Dokuments. Der Kaiser sagt nicht: Die Religion ist das einzige Mittel. Sondern: Ich glaube, daß nur ein Mittel möglich ist, die Religion. Diese Form mildert ganz außerordentlich. Sie erleichtert auch die Besprechung. Der Kaiser hat natürlich das Recht, zu glauben, was er will. Er kann auch die einigende Kraft der Religion so hoch schätzen, wie er will. Dagegen etwas einzuwenden steht uns nicht zu, auch wenn wir persönlich anderer Meinung sind. Wir halten die einigende Kraft der Religion, nach den Erfahrungen der Geschichte, nicht für so hoch, möchten überhaupt am liebsten das Thema Religion ganz aus dem Tagesstreit ausgeschaltet wissen und sehnen die Zeit herbei, in der die Religion keine politische Rolle mehr spielen darf. La récherche de la confession est interdite. Der Kaiser dagegen möchte die Religion („freilich nicht in streng kirchlich dogmatischem Sinne verstanden, sondern im weiteren, für das Leben praktischeren Sinne") zum Fundament des ganzen öffentlichen, staatlichen wie privaten Lebens machen. Er malt uns ein Bild herzlicher Eintracht: Alle deutschen Bürger geeint durch die Person unseres Erlösers. Eine Art neuen heiligen deutschen Reiches himmlischer Nation. Das Bildnis ist bezaubernd schön. Aber — wir können den persönlichen Glauben des Kaisers an diese Kraft der Religion leider nicht teilen. Religion ist für uns persönliches Erlebnis. Das gibt uns das Recht, ihr Uebergreifen auf öffentliche, insbesondere staatliche Einrichtungen zu bekämpfen. Es gibt uns aber auch die heilige Pflicht der Toleranz allen Andersgläubigen, auch allen Nichtgläubigen gegenüber.

Ein Gedanke, fast ein Verdacht zu nennen, liegt nahe. Hat der Kaiser etwa mit der Betonung seiner unterschiedslosen landesväterlichen Liebe eine Neuorientierung der Reichspolitik ankündigen wollen? Hat man darin einen Wink für das Zentrum, eine Warnung für den Block zu sehen? Wir glauben nicht. Gerade aus dem philosophischen Charakter der Rede geht hervor, daß sie ohne bestimmte aktuelle Nutzanwendung gedacht ist. Ueberhaupt ist ja immer offiziell daran festgehalten worden, daß der Kampf mit dem Zentrum kein Kampf gegen den Katholizismus sein sollte, wenn andererseits auch nicht bestritten werden kann, daß das Zentrum nur ein Exponent des Katholizismus ist. Und es mag schon sein, daß dieser Teil der Rede dem verantwortlichen Verzögerer der Publikation wegen der naheliegenden praktischen Umdeutung Kopfschmerzen gemacht hat.

Es geht ein tiefer mystischer Zug durch die sonst so moderne Natur unseres Kaisers. Mittelalterliches Rittertum ist ihm Anregung und Ideal. Und es ist unseres Erachtens nicht zu verkennen, daß solche Geistesrichtung mancherlei politische Gefahren heraufbeschwören kann. Die mittelalterliche Auffassung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat kann, in äußerster Konsequenz, zur Intoleranz, zur Ketzerverfolgung führen. Und ihren höchsten, idealsten und konsequenten Ausdruck fand diese Auffassung in den Kreuzzügen, vor deren Wiederholung uns der Himmel behüten möge. Aber der Kaiser wurzelt doch mit allen seinen vielfältigen Interessen in den tatsächlichen Verhältnissen der Gegenwart, die den letzten Kampf mit den üblen Vermächtnissen des Mittelalters bereits begonnen hat. Und diese starken Bande mit den Realitäten des Lebens werden den Kaiser nicht in jene romantische Welt entgleiten lassen, die voller Gefahren ist für ihn und uns. Deshalb mögen auch die persönlichen Auffassungen vom Wesen und der Bedeutung der Religion auseinandergehen, mag auch ein großer Teil der Reichsbürgerschaft dem Kaiser auf seinem spekulativen Wege nicht folgen können, so wird uns doch immer die Welt der Tatsachen mit ihm wieder vereinen. Auf diesem Boden sei er uns Führer. Und zumal wenn er die soziale Fahne entrollt, kann er sicher sein, das beste Deutschland hinter sich zu haben.

Aus dem sächsischen Wahlkampf.

* **Zu den Landtagswahlen in Leipzig** wird uns geschrieben: Von den fünf Landtagswahlkreisen der Stadt Leipzig werden diesmal die Kreise II und IV zur Wahl berufen sein. Der Kreis II umfaßt: Die bisherige Ostvorstadt, die Südvorstadt, sowie die Stadtteile Reudnitz oberen Teils, Neureudnitz und Thonberg; Kreis IV: die Stadtteile Neustadt, Neuschönefeld, Volkmarsdorf, Sellerhausen, Neusellerhausen, Anger-Crottendorf und Reudnitz unteren Teils. Der Kreis II war seit vielen Jahren durch Geh. Rat Dr. Schill im Landtage vertreten. Dr. Schill gehört zu den bekanntesten Persönlichkeiten unserer Stadt. Durch seine lange Tätigkeit als Stadtverordnetenvorsteher wie später auch seine hingebende Arbeit im Landtage, dem er jetzt 24 Jahre angehört, hat er sich große, unbestrittene Verdienste erworben. Seine hervorragende Stellung als Abgeordneter wurde durch die Berufung auf den Posten des Vizepräsidenten der 2. Kammer anerkannt. Gerade angesichts der schwierigen politischen Aufgaben, die dem Landtage bevorstehen, schien es sehr erwünscht, seine schätzbare Kraft der zweiten Kammer zu erhalten. Diesem Wunsch hat bereits ein großer Teil der Wählerschaft durch die Unterstützung des Wahlaufrufs Ausdruck gegeben, und es ist zu erwarten, daß seine Wiederwahl ein neues ehrendes Vertrauenszeugnis sein wird. Herr Dr. Schill hat vor einer bereits im Juni abgehaltenen Versammlung sein Programm entwickelt. Wie er auf dem Gebiete des Wahlrechts einen entschieden reformfreundlichen Standpunkt einnahm, so hat er auch in der Frage der Zusammensetzung der Ersten Kammer, bei der Behandlung der Gehaltsfrage der Beamten und Lehrer, wie berechtigten und erfüllbaren Forderungen des Mittelstandes gegenüber Erklärungen abgegeben, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. — Am 9. September werden die Wahl- und Vertrauensmänner im Gesellschaftshaus Johannistal, Hospitalstraße, zur Besprechung der Wahlangelegenheiten zusammentreten. Auch die für die Kandidatur Schill eintretenden Wähler sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Im IV. Wahlkreise ist ebenfalls der seitherige Vertreter Herr Fabrikant Müller-Neuschönefeld aufgestellt worden. Herr Müller hat sich durch sein öffentliches Wirken wie durch seine berufliche Tüchtigkeit und nicht zuletzt durch seine vortrefflichen Charaktereigenschaften in allen Schichten der Bevölkerung, die Arbeiterschaft nicht ausgenommen, einen großen Anhang erworben, der mit Freude für seine Wahl eintreten wird. Auch Herr Müller hat sein Programm bekannt gegeben und wird in einer nächsten Donnerstag im Sellerhausen, im Germaniasaal stattfindenden Versammlung abermals sprechen. Wenn es auch erklärlich ist, daß der Wahlkampf bei weitem ruhiger verläuft als bei der Reichstagswahl, es muß doch von den Wählern erwartet werden, daß sie ihre Pflicht nicht minder ernst nehmen. Die Sozialdemokratie macht große Anstrengungen, um eine Steigerung der Wählerstimmen und wenn möglich auch der Zahl der Wahlmänner zu erzielen. Gelingt ihr das, so wird sie es ausgezeichnet verstehen, den Erfolg in ihrem Sinne auszubeuten. Sie rechnet dabei mit der verhältnismäßig geringen Wahlbeteiligung. Sie wird nicht nur ihre Anhänger in der dritten Klasse mobil machen, sondern auch versuchen, in der zweiten Klasse da und dort durchzudringen. Im Jahre 1901 machten 52,4 Proz. der Wähler des zweiten Wahlkreises vom Wahlrechte Gebrauch; im vierten Wahlkreise 55 Proz. Es ist dringend notwendig, daß dieses ungünstige Verhältnis sich diesmal ändert und eine starke Wahlbeteiligung Platz greift. Von der politischen Mitverantwortung für das Wahlergebnis wird sich kein Wähler lossagen, der auf seine staatsbürgerlichen Rechte Wert legt.

* **Bedeutsame Kundgebung der Liberalen in Chemnitz.** Am Sonntag vormittag stellte sich den Landtagswählern in Chemnitz II der Kandidat der nationalliberalen Partei, Fleischermeister Kickelhahn vor und erntete mit seiner Programmrede den lebhaften Beifall der Versammelten. Diese Kandidatur wird vom Freisinnigen Volksverein in Chemnitz unterstützt, wogegen im 31. ländlichen Wahlkreise die Nationalliberalen für die freisinnige Kandidatur eintreten. Landtagsabg. Langhammer begründete dieses Kompromiß als durchaus gerechtfertigt und wünschte für den Fall der Auflösung des Landtags, die sicher zu erwarten sei, ein Zusammengehen aller Liberalen in Sachsen um der großen Sache willen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Vorbild im engern Kreise seine Früchte tragen und Nachahmung finden werde in allen Kreisen und zwischen allen liberalen Organisationen des Landes und weiterhin auch des Reiches. Das Bürgertum bedürfe der Aufweckung zu tätiger politisch-fortschrittlicher Mitarbeit. Der Vorsitzende des Freisinnigen Volksvereins, Prof. Kellerbauer, begründete gleichfalls die Notwendigkeit des Kompromisses zwischen den Liberalen. Es sei erforderlich, namentlich im Hinblick auf die gegenwärtige Lage und besonders auf die zu vermutende Landtagsauflösung, daß die liberalen Gruppen alles einander Trennende zurückstellten, bis der Liberalismus die Situation vollkommen beherrsche; erst dann sollten und dürften die häuslichen Differenzen ausgeglichen werden. Diese einander ergänzenden bez. deckenden Ausführungen Langhammers und Kellerbauers fanden bei der Versammlung den lebhaftesten Widerhall. Hoffentlich reift die hier zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis auch in anderen Kreisen heran, damit, wenn nach der Landtagsauflösung der Wahlkampf von neuem beginnt, die Liberalen aller Schattierungen Schulter an Schulter für einen Ausbau eines dem Staatsganzen förderlichen, freiheitlichen Wahlrechts kämpfen können.

* **13. städtischer Wahlkreis.** Aus Rochlitz wird uns unter dem 1. September geschrieben: In der gestern abend im Hotel zum goldenen Löwen hier abgehaltenen Wählerversammlung, die nicht besonders gut besucht war, stellte sich der Kandidat der Reformpartei im 13. städtischen Wahlkreise, Herr Kantor Meißner aus Frohburg, den hiesigen Wählern vor. In einstündigen Ausführungen trat er für das bekannte Programm der Reformpartei ein, dabei in längeren Ausführungen bei der neuen Wahlrechtsvorlage verweilend; er hoffte, daß bei den Beratungen im Landtage ein neues Wahlgesetz in freiheitlichem Sinne zustande komme, allerdings müsse der Entwurf noch bedeutende Aenderungen erfahren. Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Zimmermann, der Führer der Reformpartei, sekundierte dem Kandidaten, Herrn Kantor Meißner, und trat für dessen Wahl ein. In der Diskussion traten die Herren Justizrat Dr. Kirsten, Seminaroberlehrer Schönbach und Uhrmacher Schulz, letzterer für die Mittelstandsvereinigung, für die Wiederwahl des bisherigen konservativen Vertreters, Herrn Stadtrat Liebau-Rochlitz ein. Letzterer ergriff auch selbst das Wort, dabei erwähnend, daß nächstens eine Versammlung hier stattfinde, in der er sich einzehend über seine Tätigkeit im Landtage verbreiten werde. Nach einem Schlußwort des Herrn Kantor Meißner wurde die Versammlung nach dreistündiger Dauer geschlossen. — Andererseits wird aus demselben Wahlkreis geschrieben: Im 13. städtischen Wahlkreise fühlt sich der bisherige Abgeordnete Liebau-Rochlitz einigermaßen bedrängt; namentlich scheint ihm die nationalliberale Kandidatur Zöphel zu schaffen zu machen. In einer nur für nationale Wähler bestimmten Versammlung in Lunzenau entwickelte er am Freitag sein Programm, das sich ebensowenig durch Klarheit auszeichnete wie das der meisten andern konservativen Kandidaten. Parteisekretär Dr. Günther-Chemnitz charakterisierte in längerer Ertgegnung die Forderungen der nationalliberalen Partei und das Programm des nationalliberalen Kandidaten Dr. Zöphel. Diese Ausführungen kamen dem konservativen Kandidaten sehr ungelegen, denn in seinem recht kurzen Schlußwort vermochte er sie nicht zu widerlegen, sondern beklagte in der Hauptsache, daß jetzt zwischen Konservativen und Nationalliberalen ein Bruch eingetreten sei. Liebau ist der Typus eines Kandidaten aus der guten alten Kartellzeit; die Gegenwart fordert indessen andere Männer im Landtage.

— **Im 32. ländlichen Wahlkreise** halten die Konservativen Wählerversammlung mit begrenzter Oeffentlichkeit ab. Kein Urwähler, der nicht die Ehre hat, dem Wahlkreise des Geh. Oekonomierats Schubart anzugehören, hat Zutritt zu den „öffentlichen" Wählerversammlungen dieses um offene Aussprache zweifellos sehr besorgten Herrn. Die konservativen Versammlungen haben daher, weil in ihnen die Möglichkeit offenen ehrlichen Meinungsaustausches so gut wie ausgeschlossen ist, auch nicht die geringste Zugkraft; sie finden vor recht spärlich besetzten Tischen statt. Der Zweck einer Wählerversammlung ist zwar, durch Rede und Gegenrede Aufklärung zu schaffen; da man aber in der Umgebung des Herrn Schubart dem unbedingten Autoritätsprinzip huldigt, und da die Autorität für sich natürlich nur ein Agrarier, Konservativer in Anspruch nehmen darf, so sind die widerhaarigen Gegner von vornherein ausgeschlossen. Durch diese Kampfesweise erreicht der Geh. Oekonomierat Schubart eines sicherlich: er verstärkt den Verdacht, neben der agrarkonservativen Anschauung keine andere zu dulden, und diese Erkenntnis ist auf alle Fälle für die Zukunft viel wert.

Deutsches Reich.

Leipzig, 3. September.

* **Die Berliner Kaiserparade**, die gestern abgehalten wurde, verlief in üblicher Weise. Unter den Zuschauern befanden sich die Mitglieder der abessinischen Gesandtschaft in ihrer Nationaltracht, die englischen und die amerikanischen Offiziere, die den Manövern beiwohnen, eine Abordnung des russischen Dragonerregimentes in Narwa und eine brasilianische Offiziersdeputation. Der Kaiser begleitete die Fahnenkompagnie in das Schloß zurück. Er ernannte den Generalmajor Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten zum General à la suite.

tz. **Keine Erhöhung der Zivilliste.** Man schreibt uns aus Dresden: Die gestern bereits angezweifelte Meldung von einer bevorstehenden Erhöhung der Zivilliste des Königs beruht auf einer falschen Kombination. Ihr Urheber hat in Erfahrung gebracht, daß im königlichen Opernhause zu Dresden bauliche Veränderungen bevorstehen und daß im Etat hierfür Mittel gefordert werden sollen. Da nun aber der Aufwand für die Hoftheater vom König zu bestreiten ist, so ist daraus geschlossen worden, daß die Zivilliste erhöht werden soll. Es ist dabei außer acht gelassen worden, daß die Theatergebäude Staatseigentum sind und also auch aus öffentlichen Mitteln erhalten werden müssen. Wenn daher im kommenden Etat für den sehr notwendigen Umbau des Bühnenhauses der königlichen Hofoper Mittel gefordert werden, so hat das mit der Zivilliste des Königs gar nichts zu tun.

* **Ein deutsch-englischer Handelsvertrag?** In wohlinformierten Berliner Kreisen verlautet dem „Daily Telegraph" zufolge, daß Ende des Jahres ein definitives Handelsübereinkommen zwischen England und Deutschland abgeschlossen werden würde, wenn das gegenwärtige provisorische Arrangement abläuft. Zugleich soll ein formeller Handelsvertrag zwischen Deutschland und Kanada unterzeichnet werden, durch welches Deutschland als Gegenleistung für Erteilung der Meistbegünstigungsklausel an Kanada den Vorteil des kanadischen Mitteltarifs erhalten werde. Man erwartet eine erhebliche Erhöhung des Handelsverkehrs, Kanada gewährt nur dem britischen Inselreich die niedrigen Zölle, so daß Deutschland keine Handelskonkurrenzen haben würde. — Wir registrieren diese Meldung lediglich, ohne sie zunächst auf ihre Richtigkeit prüfen zu können.

* **Deutsche Exporteure und das französische Gesetz.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In der französischen Kammer ist Klage darüber geführt worden, daß namentlich aus Deutschland Zirkulare und Erzeugnisse in großen Mengen nach Frankreich gelangen, welche die Verfälschung oder künstliche Herstellung von Burgunder-, Medoc-, Bordeaux- und Madeirawein, von Rum, Kognak, Absinth u. s. w. zum Ziele haben. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen nach dem französischen Gesetz vom 1. August 1905 über die Unterdrückung des Betruges beim Warenhandel strafbar ist. Die einschlägigen Bestimmungen in Ziffer 4 des Artikels 3 lauten: Mit Gefängnis und Geldstrafe wird bestraft, wer Erzeugnisse, die zur Verfälschung von Lebensmitteln für die Ernährung von Menschen und Tieren, von Getränken und landwirtschaftlichen oder Naturerzeugnissen geeignet sind, unter einer ihrer Bestimmung andeutenden Form ausstelle oder verkauft, ferner, wer zur Anwendung dieser Mittel in Broschüren, Rundschreiben, Prospekten, Anschlagzetteln, Anzeigen oder durch irgendwelche Anweisungen auffordert. (Vergl. Handelsarchiv 1905, I., Seite 1400.) In Beantwortung der Interpellation verspricht der Landwirtschaftsminister darauf hinzuwirken, daß mit Hilfe der Grenzzollbehörden der Einfuhr jener Zirkulare und Waren gesteuert wird.

* **Präsident des Kanalamtes.** Geheimer Oberregierungsrat Kautz vom Reichsamt des Inneren ist als Nachfolger des Herrn Löwe zum Präsidenten des Kanalamtes bestimmt worden. Er ist aus dem Reichsamt des Innern bereits ausgeschieden und hat die Leitung der Geschäfte in Kiel übernommen. Als langjähriger Dezernent für den Kaiser Wilhelm-Kanal ist er auch der Urheber des Gesetzes zur Verbreiterung des Kanals, mit dessen Ausführung soeben begonnen ist. Das Dezernat des Herrn Kautz im Reichsamt des Innern hat der neu in das Reichsamt berufene bisherige Landrat Scharner übernommen.

* **Sozialpolitik und Werkmeisterstand.** Der Zentralvorstand des Deutschen Werkmeisterverbandes faßte folgenden Beschluß: Zur Frage der Pensionsversicherung: Der Zentralvorstand hält an der Auffassung fest, daß ein weitgehender Ausbau des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes der schnellste, billigste und beste Weg zur Erreichung der notwendigen Pensions- und Hinterbliebenenfürsorge der Angestellten ist. Er billigt und unterstützt durchaus das Verhalten der Vertreter des Verbandes im Hauptausschuß und in der Oeffentlichkeit. Der Werkmeisterverband wird sich auch weiterhin noch Kräften bemühen, die Gesamtheit der Privatbeamten auf ein einheitliches Programm zu vereinen, das zwar als Ergänzung der allgemeinen Versicherung eine Sonderkasse ins Auge faßt, aber an einem einheitlichen Versicherungswerke festhält. — Zur Frage der Arbeitskammern: